



Haushalts- und Finanzausschuss

67. Sitzung (öffentlich)

27. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) | 1 |
|----------|--|----------|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)
Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung)
Erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuss nimmt kurze Erläuterungen von Finanzminister Jochen Dieckmann zur Haushaltsergänzung entgegen. Eine detaillierte Beratung des Haushaltsentwurfs erfolgt noch nicht.

- 2 Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)** 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)
Vorlage 13/2383

Nach kurzer Aussprache über das Verfahren **beschließt** der Ausschuss einstimmig, die **öffentliche Anhörung** zum Wasserentnahmeentgeltgesetz am 18. Dezember 2003, 12 Uhr - gemeinsam mit dem Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung - und zu den übrigen Artikeln des Haushaltsbegleitgesetzes am 19. Dezember, 10 Uhr, durchzuführen.

- 3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben** 4

a) im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2003

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2371

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die mit Vorlage 13/2371 mitgeteilten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

- b) im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2003** 5

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2415

Der Ausschuss debattiert über die lfd. Nr. 2 und die lfd. Nr. 7 der Vorlage. Zu beiden Positionen werden noch weitere Informationen von der Landesregierung erbeten.

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, die mit Vorlage 13/2415 mitgeteilten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

4 Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW (Mittelstands- und Privatisierungsgesetz) 8

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3771 (Neudruck)
Drucksache 13/4425 (Zwischenbericht)

In Verbindung damit:

5 Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand (Mittelstandsentwicklungsgesetz MEG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3733
Drucksache 13/4362 (Zwischenbericht)

Ausschussprotokoll 13/942

Beide Gesetzentwürfe werden abschließend beraten.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/3771 abzulehnen**.

Des Weiteren **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den **Gesetzentwurf** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3733 abzulehnen**.

- 6 Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe 2003** 10
Vorlage 13/2377
Der Zwischenbericht des Finanzministeriums wird im Rahmen einer kurzen Erörterung entgegengenommen.
- 7 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen** 12
Vorlage 13/2381
Der Ausschuss nimmt die Vorlage im Rahmen einer kurzen Aussprache zur Kenntnis.
- 8 Auswirkungen der IWF-Studie auf die öffentlichen Banken in Nordrhein-Westfalen** 12
Bericht der Landesregierung
StS Dr. Noack (FM) berichtet zusammenfassend, stellt den vollständigen Bericht schriftlich zur Verfügung (s. *Vorlage 13/2461, Teil 1*) und antwortet auf sich ergebende Fragen.
- 9 Zukünftige Rolle der DekaBank für die nordrhein-westfälische Sparkassenlandschaft** 13
Bericht der Landesregierung
Der Ausschuss nimmt den Bericht des Finanzministeriums schriftlich (s. *Vorlage 13/2461, Teil 2*) entgegen.
- 10 Einstellungszusagen für 2004 an Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie Bewerber für "Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)"** 13
Vorlage 13/2422
Nach kurzer Diskussion über die Reduzierung der Zahl der Ausbildungsstellen **erteilt** der Ausschuss einstimmig die mit der Vorlage erbetene **Einwilligung** in die Inanspruchnahme der Einstellungsermächtigungen.
- 11 Verschiedenes** 15

12 Bürgerschaftsangelegenheiten

15

Vertrauliche Vorlage 13/27

Die Vertrauliche Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung schlägt **Vorsitzender Volkmar Klein** vor, im Zusammenhang mit TOP 3 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2003 - auch die soeben übermittelte Vorlage 13/2415 zu behandeln, mit der die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2003 mitgeteilt würden. - Der **Ausschuss** ist einverstanden.

1 **Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)
Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung)
Erster Beratungsdurchgang

Vorsitzender Volkmar Klein empfiehlt, im Rahmen der für heute vorgesehenen ersten Beratung die Berichterstattergespräche nicht vorwegzunehmen, die nach seiner Vorstellung spätestens bei der Klausurtagung in Dortmund am 4./5. Dezember terminiert werden sollten und deren Ergebnisse in die Ausschussberatungen im Januar einbezogen werden könnten. - Er bittet zunächst den Finanzminister, zum Inhalt der Ergänzung etwas zu sagen.

Winfried Schittges (CDU) würde sich freuen, vom Finanzminister auch schon etwas zum Inhalt der 2. Ergänzung zu hören. Dabei gehe es ihm auch um die Beratungsfähigkeit des Haushaltsentwurfs, denn das Vermittlungsverfahren in Berlin werde ja erhebliche Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben.

Minister Jochen Dieckmann (FM) verweist zunächst auf die Einbringungsrede im Plenum, in der das Wesentliche klar ausgedrückt worden sei: Der Regierungsentwurf stelle den Kern und den Umfang der Konsolidierung dar.

Die inzwischen übermittelte Ergänzung sei deshalb so umfangreich, weil die nunmehr vorgenommene Personalausgabenbudgetierung bei den Bezirksregierungen eine Vielzahl von Titeln betreffe. Wenn man das abziehe, gehe es im Kern darum, die Auswirkungen der November-Steuerschätzung abzubilden. Darüber hinaus habe die Landesregierung die Wirtschaftlichkeit der Kfz-Werkstätten und der Instandsetzungsdienste der Polizei überprüft, Folgerungen aus der Neuorganisation des Wissenschaftszentrums gezogen und einige weitere Dinge berücksichtigt.

Das Land werde nicht umhin kommen, die Rahmenverschuldungsgrenze in einer verfassungsgemäßen Form zu überschreiten. Die vorgeschlagene Formulierung für die

Beschlussfassung des Landtags entspreche dem, was u. a. das Verfassungsgericht in Berlin zur Notwendigkeit der Begründung aufgeführt habe.

Die Landesregierung werde die 2. Ergänzung nach der Weihnachtspause vorlegen. Geplant sei, in der Kabinettsitzung am 6. Januar darüber zu beschließen. Er gehe davon aus, die 2. Ergänzung noch in der zweiten Kalenderwoche dem Landtag zuleiten zu können.

Zum Inhalt der 2. Ergänzung könne er naturgemäß noch nichts sagen, außer dass er sich wünsche, dass in den nächsten Tagen - z. B. beim Bundesparteitag der CDU - zwischen CDU und CSU eine Einigung gelinge, die auf der Linie dessen liege, was die CDU/CSU-Finanzminister für richtig hielten, und nicht auf der Linie dessen, was die Dogmatiker in der Bundestagsfraktion vor sich her trügen.

Manfred Palmen (CDU) empfindet die Ausführungen des Ministers als Verharmlosung der Situation. Fakt sei, dass ein Haushaltsentwurf vorliege, dessen Einnahmen nach der Steuerschätzung vom 12. November im Jahre 2004 um 900 Millionen € und im Jahre 2005 ebenfalls um 900 Millionen € nach unten zu korrigieren seien. Man wisse weiter, dass die Kommunen im Jahre 2004 zwar 690 Millionen € mehr bekämen, weil ihnen die Kreditierung nicht angerechnet werde; dafür komme aber das dicke Ende im Jahre 2005, in dem sie 764 Millionen € weniger erhielten.

Zum Haushaltsentwurf könne man heute weder generell noch im Einzelnen viel sagen, weil die Frage unbeantwortet sei, inwieweit die in den Haushalt eingestellten Mehreinnahmen aufgrund bundespolitischer Beschlüsse - in Höhe von 920 Millionen € im Jahre 2004 und von 1,27 Milliarden € im Jahre 2005 - überhaupt eingingen.

Er finde es nicht in Ordnung, dass der Finanzminister von den "Dogmatikern" in der CDU gesprochen habe. Das seien Leute, die auch im Landtag Nordrhein-Westfalen säßen und sich Sorgen machten, weil das Land in den Jahren von 1995 bis 2005 40 Milliarden € Schulden aufnehme, und die sich fragten, ob es der richtige Weg sei, im Jahre 2004 die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären und sechs Milliarden € neue Schulden aufzunehmen. Seit zwei Jahren nehme Nordrhein-Westfalen in jedem Monat 500 Millionen € Kredite auf.

Die CDU halte es nicht für den richtigen Weg, die am 23. September angekündigten "harten Einschnitte" mit Krediten in Höhe von sechs Milliarden € abzufedern. - Die Beratungsfähigkeit des Haushalts sei aber erst dann gegeben, wenn das Kabinett die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens in der 2. Ergänzung umgesetzt habe.